

For English version, see below

Offener Brief an das Rektorat der Universität Wien

Betreff: Checkliste der Universität Wien

Wien, am 07.01.2026

Sehr geehrter Rektor Univ.-Prof. Dr. Sebastian Schütze,
sehr geehrte Vizerektorin für Studium und Lehre ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christa Schnabl,

am 23. Oktober 2025 hat die Universitätsleitung unter dem Betreff „News für Ihre Lehre / News for your courses“ eine E-Mail mit umfangreichen Handlungsanleitungen im Kontext von etwaigen Störungen in der Lehre an alle Lehrenden der Universität Wien verschickt. Mit diesem Schreiben richten wir grundlegende Fragestellungen und Bedenken zu diesem Dokument an Sie.

Neben anderen Punkten findet sich darin der Abschnitt „Sicher arbeiten - Störungen in LVen“. Darin wird zu einer Checkliste im Intranet der Universität verlinkt (die Checkliste findet sich auch am Ende dieses Schreibens). Anhand dieser Liste sollen Lehrende bei vom Rektorat als „Störaktionen“ eingestuften Ereignissen unterstützt werden. Sie enthält – so der Wortlaut – „Handlungsanleitungen für die Vorbereitung, den Ernstfall und die Nachbereitung“.

Worum geht es in der Checkliste und welche Problematiken zeigen sich darin?

Die Checkliste enthält Handlungsanleitungen für schwerwiegende Eingriffe in Lehrveranstaltungen, die eine repressive Regulierung bei von Ihnen so genannten *Störaktionen* nicht nur nahelegen, sondern offensichtlich einfordern. Bedauerlicherweise können wir uns im Folgenden nicht auf den Entstehungskontext dieser Checkliste beziehen, da uns von Seiten des Rektorats kein konsultativer Prozess mit Lehrenden und deren Expertise und Erfahrungen bekannt ist. Zur Veranschaulichung zitieren wir den Punkt 5 der Checkliste, der die Normalisierung repressiver Maßnahmen auch auf akademischem Terrain am deutlichsten zum Ausdruck bringt:

5. Behörden – Einschalten der Polizei

Polizei wird durch den Sicherheitsdienst hinzugezogen, wenn Störer*innen sich weigern zu gehen.

Polizei ist sofort einzuschalten bei:

- Gewalt oder Sachbeschädigung,

- antisemitischen oder extremistischen Aufrufen (z. B. „From the River to the Sea“).

Nachdem Sie sowohl an dieser als auch an einer weiteren Stelle in der Checkliste auf Antisemitismus verweisen und dies die einzigen Passagen einer vermeintlichen Konkretisierung des Problems sind, stellen sich die grundlegenden Fragen, was das Rektorat unter Antisemitismus versteht, warum ein Aufruf wie *From the River to the Sea* als extremistisch eingestuft wird und weshalb jegliche andere Form von Störung (etwa durch rassistische oder queerfeindliche Aufrufe) erst gar nicht zu benennen versucht wird.

Eine Checkliste wäre ja nur dann praktisch umsetzbar, wenn klar ersichtlich ist, was der entsprechende Inhalt ist, der etwa ein (sofortiges) Einschreiten der Polizei in einer Lehrveranstaltung nach sich ziehen soll. In seiner jetzigen Form stellt die Checkliste allerdings eine massive Form der Versicherheitlichung des akademischen Terrains dar. Ein vielschichtiges Phänomen wird als ‚Sicherheitsproblem‘ vereindeutigt, woraus in weiterer Folge die Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre resultiert. Dies ist dem Wesen und Ziel der Universität in keiner Weise angemessen. Denn schließlich ist auch die gegenwärtige akademische Debatte um Antisemitismus im Kontext von Israel und Palästina eine plurale, bei der verschiedene wissenschaftliche Positionen kontrovers gruppiert sind – Pluralität und Kontroverse sind auch in diesem Fall grundlegende Charakteristika eines wissenschaftlichen Debattenfeldes. Die Vereindeutigung einer Definition von Antisemitismus im Kontext von Israel und Palästina widerspricht eben dieser plural und kontrovers aufgespannten wissenschaftlichen Debatte und leistet einer Instrumentalisierung von Antisemitismuvorwürfen als politisches Instrument, um divergierende wissenschaftliche Positionen möglichst exkludieren zu können, Vorschub. Dies wäre dann nichts anderes als Zensur unter dem Banner einer vermeintlichen Bekämpfung von Antisemitismus. Überdies trägt die Checkliste in ihrer aktuellen Form zu einer erheblichen Verunsicherung von Lehrenden sowie Studierenden bei, weil eben nicht klar ersichtlich ist, wann diese angewendet werden soll (und wann nicht).

Im Folgenden machen wir die Problematik einer Vereindeutigung im Verständnis von Antisemitismus klar, indem wir ausloten, welche Sinnhorizonte die Checkliste intendiert haben könnte – und welche nicht. Da uns kein Dokument bekannt ist, in dem die Universitätsleitung darlegt, was sie unter Antisemitismus im Kontext von Israel und Palästina versteht – es also keine präzise Definition gibt –, wählen wir als erste Annäherung verschiedene Fragestellungen und Praxisbeispiele. Auf der Basis Ihrer Antworten wäre es sodann möglich, eine inhaltliche Debatte um den Bedeutungsumfang von Antisemitismus im Kontext von Israel und Palästina beginnen zu können. Daher ersuchen wir die Universitätsleitung um möglichst präzise Antworten insbesondere zu den beiden in der Checkliste adressierten Beispielen: Wie definiert das Rektorat Antisemitismus im Kontext von Israel und Palästina und warum stuft es einen Aufruf wie *From the River to the Sea* als extremistisch ein?

1. Folgt das Rektorat in seiner Definition von Antisemitismus der Definition der [International Holocaust Remembrance Alliance](#) (IHRA)?

Wenn ja, wie bewertet das Rektorat die zahlreichen wissenschaftlichen Kritiken an der IHRA-Definition (siehe etwa [Ambos, Kai et al](#) (2023); [European Legal Support Center/British Society for Middle Eastern Studies](#) (2023); [Gould, Rebecca Ruth](#) (2023); [Ullrich, Peter](#) (2019))?

Wenn ja, wie begründet das Rektorat, dass nicht alternative Definitionen, etwa die [Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus](#), handlungsanleitend integriert werden?

2. Ist es für das Rektorat eine antisemitische Position, den israelischen Krieg im Gazastreifen als Genozid zu bezeichnen?
Wenn ja, sind Erklärungen der [International Association of Genocide Scholars](#), vielen weiteren Wissenschaftler*innen, Menschenrechtsorganisationen wie [Amnesty International](#) oder etwa einer [UN-Untersuchungskommission](#) aus der Perspektive des Rektorats antisemitisch? Müssten diese Positionen daher von wissenschaftlichen Debatten ausgeschlossen werden?
3. Ist es für das Rektorat eine antisemitische Position, wenn in akademischen Debatten Israel als siedler*innenkolonialer Staat analysiert wird (siehe etwa [Abdo, Nahla \(2024\)](#); [Barakat, Rana \(2018\)](#); [Khalidi, Rashid \(2020\)](#); [Mackert, Jürgen/Pappe, Ilan \(2024\)](#); [Shoman, Hala et al \(2025\)](#); [Zureik, Elia \(1979\)](#))?
Wenn ja, auf der Basis welcher Begründungszusammenhänge definiert das Rektorat diese Einschränkung einer seit Jahrzehnten lebendig geführten fachlichen Debatte?
4. Wie begründet das Rektorat, dass der Spruch *From the River to the Sea* (ohne weitere Fortsetzung wie *all People will be free, Palestine will be free, etc.*) extremistisch sei und dessen Bedeutung nicht kontextabhängig unterschiedlich definiert werden kann?

Zur Illustration der Problematik ergänzen wir unsere Überlegungen mit zwei potenziell eintretenden Situationen in der universitären Lehre. Wie sollten Lehrende in diesen oder vergleichbaren Situationen vorgehen und inwiefern ist von der bislang nur unzureichend spezifizierten Checkliste Gebrauch zu machen?

Mögliche Praxisbeispiele aus der Lehre:

1. Am Beginn einer Lehrveranstaltungseinheit beanspruchen Studierende im Hörsaal einige Minuten, um alle Anwesenden über eine bevorstehende öffentliche Demonstration zum Genozid in Gaza zu informieren.
Wäre dies für das Rektorat ein antisemitischer Vorfall, bei dem sofort die Polizei zu rufen ist? Warum wäre es das (nicht)?
2. In einer Lehrveranstaltung betritt ein Studierender den Hörsaal, auf dessen T-Shirt sich der Aufdruck *From the River to the Sea* befindet.
Müsste nun eine lehrveranstaltungsleitende Person den Studierenden dazu auffordern das T-Shirt auf welche Art auch immer zu verdecken? Wenn ja, und sollte der Studierende dem nicht nachkommen, wäre dies für das Rektorat ein antisemitischer oder extremistischer Vorfall, bei dem die Polizei zu rufen ist, oder fällt dies nicht in die Kategorie *Störung*?

Wir hoffen, sowohl mit unseren Fragen als auch mit unseren Praxisbeispielen einige grundlegende Problematiken der Checkliste konkretisiert zu haben. Selbstverständlich stehen wir für ein Gespräch gern zur Verfügung. Dabei sollten aus unserer Perspektive folgende Elemente berücksichtigt werden:

1. Die Einrichtung eines konsultativen Prozesses sowohl mit Lehrenden als auch mit Studierenden der Universität Wien, um einen multiperspektivischen Diskussionsraum zur Bedeutung von potenziellen Störungen von Lehrveranstaltungen zu öffnen.

2. Die inhaltliche Konkretisierung von potenziellen Störungen, die nicht nur Antisemitismus, sondern auch antimuslimischen/antiarabischen/antipalästinensischen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Faschismus berücksichtigen muss.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag. Dr. Helmut Krieger, Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien
Assoz. Prof. Mag.a Dr.in Birgit Englert, Privatdoz., Institut für Afrikawissenschaften, Universität Wien
Dr. Kevin Potter, BA MA, Institut für Anglistik und Amerikanistik, Universität Wien

Kolleg*innen der Universität Wien, die dieses Schreiben unterstützen, finden Sie am Ende nach der englischen Version in alphabetischer Reihenfolge. An dieser Stelle möchten wir uns bei all jenen entschuldigen, die sich nicht mehr rechtzeitig in die Liste der Unterstützenden eintragen konnten. Wir haben das Schreiben nur ein paar Tage geöffnet, um es möglichst rasch an das Rektorat senden zu können.

Dear Rector Univ.-Prof. Dr. Sebastian Schütze,
dear Vice-Rector for Educational Affairs ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christa Schnabl,

on October 23, 2025, the university administration sent an email to all teaching staff at the University of Vienna with the subject line “News for your courses”. This e-mail claims to provide comprehensive information to instructors for dealing with disruptions in the classroom. We are writing to express concerns about this document, as its content raises fundamental questions that, as leaders of the university, you ought to address.

Alongside other points, the document includes a section entitled “Teaching safely – disruptions during courses”. This section directs readers to a checklist on the university's intranet (we have provided the checklist at the end of this letter). According to framing of this list, it claims to support teaching staff, so that we are better equipped at handling (what the Rectorate refers to as) “protests and other disruptions”. The text explicitly states that the items on this list offer “clear instructions on preparing for protests, dealing with protests or other disruptions and the measures to be taken afterwards”.

What is this checklist about and what problems does it raise?

The checklist advises lecturers on responding to difficult disruptions. Such guidelines not only *imply* a repressive system that regulates how we deal with classroom disturbances; they actively *demand* such repression. Unfortunately, we cannot speak to the context in which the Rectorate created this checklist. We are not aware of any process through which the Rectorate consulted with teaching staff, drawing on their expertise and asking them comment on their own experience. To illustrate the troubling nature of these instructions, we quote point 5 of the checklist; this item most clearly illustrates an effort to normalize repression in an academic environment:

5. Authorities – contacting the police

The security team will contact the police if protesters refuse to leave of their own accord.

Contact the police immediately in the following situations:

- Violence or criminal damage,
- anti-Semitic or extremist chants (e.g. "From the River to the Sea").

Since the checklist refers to anti-Semitism more than once, and these situations are the only references that supposedly reflect the problem of classroom disruptions, some fundamental questions arise: 1.) How does the rectorate define anti-Semitism? 2.) Why is a slogan such as *From the River to the Sea* classified as extremist? 3.) Why does the checklist fail to mention other forms of disturbance (such as racist or queerphobic bigotry)?

Lecturers can only use such a checklist in a practical way if we are clear about what content would warrant (immediate) police intervention. In its current form, however, the checklist represents a severe restriction on academic discourse. Instead, this document simplifies a complex phenomenon and characterizes it as a ‘security problem’. As a result, observing these guidelines would severely constrain academic freedom

in both research and teaching. Imposing these directives on lecturers violates the nature and purpose of the university.

After all, the current academic debate on anti-Semitism in the context of Israel and Palestine contains a plurality of viewpoints; and different academic positions engender their own controversies. As the rectorate well knows, plurality and controversy are fundamental features of academic debate. Relying upon a fixed, unambiguous definition of anti-Semitism in the context of Israel and Palestine undermines the importance of this pluralistic and controversial academic debate. Instead, leaving such definitions uncontested encourages researchers and students to instrumentalize accusations of anti-Semitism to exclude divergent academic positions. Narrowing discourse in this manner would amount to nothing less than censorship under the banner of supposedly combatting anti-Semitism.

Moreover, in its current form, the checklist creates uncertainty among lecturers and students because the document does not clarify when its instructions should (or should not) be applied.

In the following, we will clarify what problems emerge when universities call upon a limited understanding of anti-Semitism, demonstrating what the checklist may (or may not) have intended with its meaning. Since, as far as we are aware, the university administration has provided no document explaining its understanding of anti-Semitism in the context of Israel and Palestine (in other words, there is no precise definition), we have chosen various questions and practical examples as a first approach. Based on your answers, we can begin a substantive debate on the meaning of anti-Semitism in relation to Israel and Palestine. Therefore, we ask the university administration to give precise answers to these questions, particularly to the two examples pertaining directly to what the rectorate has provided on the checklist: How does the rectorate define anti-Semitism as it relates to Israel and Palestine, and why does it classify a slogan such as *From the River to the Sea* as extremist?

1. Does the Rectorate's definition of anti-Semitism adhere to [International Holocaust Remembrance Alliance's](#) (IHRA) definition?

If so, how does the Rectorate assess the extensive academic critiques of the IHRA definition (see, for example, [Ambos, Kai et al \(2023\)](#); [European Legal Support Center/British Society for Middle Eastern Studies \(2023\)](#); [Gould, Rebecca Ruth \(2023\)](#); [Ullrich, Peter \(2019\)](#))?

If so, how does the Rectorate justify not integrating alternative definitions, such as the [Jerusalem Declaration on Antisemitism](#), into its guidelines for action?

2. Does the Rectorate consider it an anti-Semitic position to describe the Israeli war on Gaza as genocide?

If so, are the claims confirming this position – those made by [International Association of Genocide Scholars](#) (and several other academics), human rights organizations (such as [Amnesty International](#)) or an [UN-Commission](#) – anti-Semitic from the perspective of the rectorate? Are we to therefore exclude these positions from academic debate?

3. Does the Rectorate consider it an anti-Semitic position when Israel is analyzed as a settler-colonial state in academic debates (see, for example, [Abdo, Nahla \(2024\)](#); [Barakat, Rana \(2018\)](#); [Khalidi, Rashid \(2020\)](#); [Mackert, Jürgen/Pappe, Ilan \(2024\)](#); [Shoman, Hala et al \(2025\)](#); [Zureik, Elia \(1979\)](#))?

If so, on what basis does the Rectorate rationalize restricting a lively debate that researchers have had for decades?

4. How does the Rectorate deem the slogan *From the River to the Sea* (while ignoring its continuation, *all People will be free, Palestine will be free*, etc.) extremist, without acknowledging that its meaning changes depending on the context?

To illustrate the problem, we will supplement our considerations with two potential scenarios in university teaching. How should lecturers proceed in these or similar situations, and what is the scope of this checklist's applicability (since the extent of its use remains unspecified)?

Possible practical examples from teaching:

1. At the beginning of a lecture, students in the lecture hall take a few minutes to inform everyone present about an upcoming public demonstration on the genocide in Gaza.
Are we to consider this announcement an anti-Semitic incident which, according to the university management, requires the police's immediate involvement? Why would it (not) be?
2. During a lecture, a student enters the lecture hall wearing a T-shirt with the words *From the River to the Sea* printed on it.
Should the course instructor ask the student to cover up their T-shirt, making sure this slogan is not visible? If so, and if the student refuses to comply, would the university management consider this an anti-Semitic or extremist incident, requiring the instructor to call the police, or does this situation fall outside of the category of disruption?

We hope that our questions and practical examples clarify some of the fundamental issues this checklist raises. We are, of course, available for discussion. From our perspective, the rectorate needs to consider the following actions in order to properly approach this matter:

1. Establish a process whereby the rectorate consults with both teaching staff and students at the University of Vienna, opening space for a multi-perspective discussion on the implications of potential classroom disruptions.
2. Provide a specific definition of what constitutes potential disruptions. Such a definition must include not only anti-Semitism, but also anti-Muslim/anti-Arab/anti-Palestinian racism, sexism, queerphobia, right-wing extremism, and fascism.

Sincerely,

Mag. Dr. Helmut Krieger, Department of Development Studies, University of Vienna
Assoz. Prof. Mag. Dr. Birgit Englert, Privatdoz., Department of African Studies, University of Vienna
Dr. Kevin Potter, BA MA, Department of English and American Studies, University of Vienna

The following colleagues from the University of Vienna support this letter (in alphabetical order. At this point, we would like to apologise to all those who were unable to add their names to the list of supporters in time. We only kept the letter open for a few days so that we could send it to the rectorate as quickly as possible.):

Dr. Begoña Anahí Caldú Primo, Department of Astrophysics
Univ.-Prof. Manuela Ciotti, PhD, Department of Social and Cultural Anthropology
Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner, Department of Political Science
Dr. Ingeborg Grau, vormals Vertragslehrerin, Department of African Studies and Department of Development Studies
Alessandra Guido, BA MA, Department of Byzantine and Modern Greek Studies
Univ.-Doz. Dr. Hanna Hacker, Department of Sociology
Dott. Dott. mag. Efrem Maconi, Department of Astrophysics
Lucia Mair MD MSc, Department of Social and Cultural Anthropology
Dr.x Sushila Mesquita, Gender Research Office
Dr. Cosimo Paravano, Department of Byzantine and Modern Greek Studies
Mag.a art Dr.in phil Sabine Prokop, Department of Development Studies
Jakob Rammer, MA, Department of Development Studies
Dr. Geoffrey Rathgeb Aung, Ph.D., Department of Social and Cultural Anthropology
Katrín Schmid, PraeDoc, Department of Social and Cultural Anthropology
Dr. Etienne Schneider, BA MA, Department of Development Studies
Dr. Andreas Streinzer, Department of Social and Cultural Anthropology
BA MA Rogelio Toledo, Department of Byzantine and Modern Greek Studies
MSc. Agata Wiśłocka, Department of Astrophysics
Mag. Dr. Sabine Zelger, Privatdoz., KPH Vienna/Lower Austria
Dr. Patricia Zuckerhut, Privatdoz., Department of Social and Cultural Anthropology